



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, 4. Dezember 2006
SEK (2006) 1510

ARBEITSDOKUMENT DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN

zur
MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DEN RAT UND DAS EUROPÄISCHE
PARLAMENT
ÜBER DIE STÄRKUNG DER EUROPÄISCHEN NACHBARSCHAFTSPOLITIK

Fortschrittsbericht ENP
TUNESIEN

{KOM(2006)726 endgültig}

Hintergrund und Gesamtbewertung

Der im Juli 2005 angenommene und seit 2006 in der Umsetzung befindliche Aktionsplan bildet inzwischen den **Kohärenzrahmen** des Dialogs zwischen der Europäischen Union und Tunesien. Auf diese Weise wird die Vertiefung des Dialogs über **wirtschafts- und handelspolitische** sowie über zahlreiche sektorpolitische Fragen ermöglicht. Fünf Unterausschüsse kamen in den ersten sieben Monaten des Jahres 2006 zu Sitzungen zusammen (Dialog über Wirtschaft, Landwirtschaft und Fischerei, Verkehr, Umwelt und Energie, Forschung und Innovation, Zusammenarbeit im Zollbereich).

Die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung ist weiterhin eine Priorität der Regierungspolitik, die somit im Einklang mit dem Ziel einer gemeinsamen Wohlstandszone steht, wie sie im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik angestrebt wird. Bei den wichtigsten im Aktionsplan vorgesehenen **Wirtschafts- und Sozialreformen** sowie sektorspezifischen Maßnahmen wurden gute Fortschritte erzielt, einschließlich in den Bereichen Verkehr, Energie und wissenschaftliche Forschung.

Der Aktionsplan und die nationalen Prioritäten Tunesiens sind überaus kohärent. Die im Orientierungsdokument des XI. Aktionsplans (2007-2016) festgelegten Prioritäten zielen darauf ab, durch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit einer wissensbasierten tunesischen Wirtschaft produktive Arbeitsplätze zu schaffen. Dieses Ziel ist umso mehr gerechtfertigt, als der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit junger Menschen, die ihre Ausbildung abgeschlossen haben, sowie die daraus hervorgehenden sozialen Spannungen und Migrationsbewegungen eine große Herausforderung für Tunesien und Europa darstellen. Die tunesischen Behörden sind daher bemüht, den Aktionsplan in den Dienst dieser Priorität zu stellen, die als Grundstein der Modernisierung Tunesiens angesehen wird.

In politischer Hinsicht waren in den vergangenen Monaten weniger Fortschritte zu verzeichnen, insbesondere was die Zusammenarbeit und den **Dialog über politische Fragen** betrifft.

Was die Vorbereitungen des Unterausschusses für Demokratie und Menschenrechte betrifft, so ist dieser noch damit beschäftigt, seine Geschäftsordnung festzulegen. Auch die Umsetzung des Ende Dezember 2005 unterzeichneten Programms für die Modernisierung der Justiz steht noch aus. Die gemeinsam mit der Europäischen Union durchgeführten Projekte zur Stärkung der Zivilgesellschaft erweisen sich als schwierig, insbesondere was die Projekte der Tunesischen Menschenrechtsliga betrifft.

Bei den Hilfemaßnahmen besteht starke Kohärenz zwischen den laufenden **Kooperationsprogrammen** für den Zeitraum 2007-2010 sowie den wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten des Aktionsplans. Dies bezeugen die zahlreichen Partnerschaftsprogramme und institutionellen Reformen, die parallel zur Budgethilfe durchgeführt werden.

Politischer Dialog und Reformen

Im Bereich Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wurde im Juli 2005 eine Beraterkammer eingerichtet, um die demokratischen Institutionen und den Rechtsstaat zu stärken. 41 Berater werden direkt vom Präsidenten der Republik ernannt; 43 werden von den lokalen Gebietskörperschaften und 42 von berufsständischen Organisationen ernannt. Der Dachverband der tunesischen Gewerkschaften (UGTT), der Anspruch auf 14 Sitze hat, hat

seine Teilnahme verweigert. Die 43 von den lokalen Gebietskörperschaften gewählten Berater gehören sämtlich der Demokratischen Verfassungspartei, d.h. der Regierungspartei, an.

Die Finanzierungsvereinbarung zum Modernisierungsprogramms für die **Justiz**, deren Aushandlung bereits Anfang 2002 begonnen hatte, wurde Ende Dezember 2005 unterzeichnet. Bislang wurde sie jedoch nicht vollständig umgesetzt. Dabei stellt die Vereinbarung den Prototyp des innovativen Programms für eine gute Nachbarschaftspolitik dar, und ihre Umsetzung bietet Tunesien die Gelegenheit, sein Engagement unter Beweis zu stellen.

Im Bereich **Menschenrechte und Grundfreiheiten** wurden, was die Vereinigungs- und Meinungsfreiheit betrifft, nur wenig Fortschritte erzielt. Die Maßnahmen zur Förderung einer unabhängigen Zivilgesellschaft (NRO, politische Bewegungen, Berufsverbände) erweisen sich ebenfalls als schwierig. Die gesetzliche Hinterlegungspflicht für Tageszeitungen und Zeitschriften wurde durch das Organisationsgesetz 2006 abgeschafft, jedoch besteht sie für die ausländische Presse weiter fort. Die Journalistentätigkeit ist in der Praxis weiterhin mit unterschiedlichen Schwierigkeiten konfrontiert, beispielsweise was den Zugang der Medien zu Informationen angeht.

Die Beziehungen zwischen dem Lenkungsausschuss der Tunesischen Menschenrechtsliga und den Behörden sind weiterhin problematisch. Dieser Umstand erschwert die Tätigkeiten der Liga, die häufig als nationale Errungenschaft dargestellt wird, die es aufrechtzuerhalten gilt. Andere EG-finanzierte Projekte zur Förderung der Zivilgesellschaft, wie das Projekt „Santé Sud“ oder das Projekt zugunsten der tunesischen Frauenorganisation AFTURD (Tunesische Frauenvereinigung für Forschung und Entwicklung) waren nur begrenzt erfolgreich.

Die internationale Konferenz über Beschäftigung und das Recht auf Arbeit im Europa-Mittelmeerraum, die Anfang September 2006 in Tunis stattfinden sollte, wurde in letzter Minute abgesagt. Ein Schritt hin zur Verbesserung der Haftbedingungen wurde getan, indem das Internationale Rotkreuzkomitee im April 2005 ermächtigt wurde, den Haftanstalten und Gefängnissen regelmäßig Besuche abzustatten. Im Februar 2006 wurden rund einhundert **politische Gefangene** (von insgesamt 1298 vorwiegend p nach allgemeinem Recht begnadigten Gefangenen, d.h. 5% der Gefängnisinsassen) freigelassen.

Auf **regionaler und internationaler Ebene** findet ein regelmäßiger Dialog mit der EU statt, der allerdings verstärkt werden könnte. Im Gegensatz zur wenig ambitionierten tunesischen Verteidigungspolitik, für die nur begrenzt Mittel bereitgestellt werden, sind die rechtlichen und finanziellen Mittel, die für die Terrorismusbekämpfung bereitgestellt werden, äußerst umfassend.

Die Zusammenarbeit mit der Republik Tunesien, die von den Mitgliedstaaten und den Vereinigten Staaten im Kampf gegen den **Terrorismus** als zuverlässiger Partner angesehen wird, erfolgt auf diesem Gebiet vornehmlich auf bilateraler Ebene. Der Terrorismus-Expertenausschuss des Rates (COTER) hat beschlossen, Tunesien technische Unterstützung bereitzustellen. Der Inhalt dieser Unterstützung ist noch festzulegen, jedoch dürfte sich die Hilfe auf die Bereiche Geldwäsche, Sicherheit von Reisedokumenten sowie Zusammenarbeit im Justizbereich erstrecken.

Im Bereich der regionalen Zusammenarbeit ist Tunesien besonders im „5+5-Prozess“ aktiv.

Wirtschafts- und Sozialreform sowie Entwicklung

Makroökonomischer Rahmen

Der makroökonomische Rahmen Tunesiens ist stabil, und die Aussichten sind dank einer vorsichtigen Haushalts- und Währungspolitik sowie der Verbesserung des Schuldenmanagements gut. Nachdem im Jahr 2005 ein BIP-Wachstum von 4,2% zu verzeichnen war, dürfte letzteres im Jahr 2006 5% erreichen, und dies trotz eines schwierigen internationalen Kontexts (geringe Nachfrage aus der EU, starke Konkurrenz aus Asien sowie Anstieg der Rohstoffpreise). Hauptursachen dieses Wachstums sind sowohl die starke Expansion des Dienstleistungs- und Unternehmenssektors als auch die Wiederbelebung der Landwirtschaft.

Haushalts- und Steuerpolitik

Die Regierung behält nicht nur eine vorsichtige Haushaltspolitik bei, sondern hat außerdem eine **ehrgeizige Strategie zur Sanierung der Staatsfinanzen** entwickelt, um die Flexibilität ihrer Haushaltspolitik im Dienste der wirtschaftspolitischen Ziele zu steigern. Das Haushaltsdefizit erhöhte sich von 2,9% des BIP im Jahr 2004 auf 3,2% des BIP im Jahr 2005 (Zuschüsse nicht mitgerechnet). Im Jahr 2006 wird das Haushaltsdefizit voraussichtlich 3,6% des BIP erreichen, insbesondere angesichts der höheren staatlichen Subventionen für Erdölprodukte und der hohen Ausgaben für die Beamtgehälter.

Im Jahr 2005 belief sich der öffentliche Schuldenstand auf nahezu 59% des BIP. Der **rechtliche und institutionelle Rahmen des Schuldenmanagements** wurde im Einklang mit den Empfehlungen der im Rahmen der Fazilität für die strukturelle Anpassung (FAS) III durchgeführten Studie gestärkt. Im Finanzministerium wurde eine Generaldirektion für Schuldenverwaltung und finanzielle Zusammenarbeit geschaffen. Diese neue Generaldirektion ist in verschiedene Bereiche unterteilt (Front-, Middle- und Back office) und ermöglicht die Zusammenfassung der Bereiche des Schuldenmanagements. Die Aushandlung und vertragliche Vereinbarung von Auslandsanleihen fallen jedoch weiterhin in die gemeinsame Zuständigkeit des Ministeriums für Finanzen und des Ministeriums für Entwicklung und internationale Zusammenarbeit.

Sämtliche Finanzierungsvereinbarungen sind vom Parlament zu ratifizieren.

Die Konsolidierung des makroökonomischen Rahmens und die Verbesserung des Schuldenmanagements werden durch die Europäische Kommission, die Weltbank und die Afrikanische Entwicklungsbank im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme (SAP) unterstützt. Die FAS IV wird von der Kommission mit 78 Mio. EUR finanziert.

Zum Abbau der **Auslandsschulden** (69,9%) will die Regierung zwei Drittel der Einnahmen aus der jüngsten Privatisierung der Tunisie Telecom nutzen.

Beschäftigung, Sozialpolitik, nachhaltige Entwicklung

Trotz der starken Wirtschaftsleistung ist die **Arbeitslosenquote** weiterhin hoch (14,3% im Jahr 2005) und betrifft zunehmend auch Hochschulabsolventen. Im Jahr 2005 lancierten die tunesischen Behörden eine Politik, die darauf abzielt, eine bessere Abstimmung von Angebot und Nachfrage zu erreichen und Reformen zur Steigerung der Flexibilität des Arbeitsmarktes einzuleiten (Einführung der Zeitarbeit zur Einstellungsförderung). Um eine nachhaltige Effizienzsteigerung zu erreichen, müsste jedoch auch der Kündigungsschutz gelockert werden. Bisher ist in diesem Bereich jedoch nichts geschehen.

Die Europäische Gemeinschaft finanziert mehrere Projekte, die auf die Verbesserung der Berufsbildung, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Reform des Bildungswesens abzielen. Im Jahr 2005 wurde ein von der EG finanziertes Programm durchgeführt, das auf die Modernisierung der Sekundarschulen, eine stärkere Verbindung zwischen Universitäten und Unternehmen sowie auf die Anerkennung der im Ausland absolvierten Studien abzielt. Dieses Programm dürfte in den kommenden Jahren Früchte tragen.

Was den **Dialog mit der EU über die sozialen Rechte** vor dem Hintergrund der Erklärung der Internationalen Arbeitsorganisation betrifft, schreitet Tunesien in kleinen Schritten voran. Hinsichtlich des sozialen Dialogs, der vom Staat noch weitgehend verboten ist, einschließlich im Bereich der Tarifverhandlungen, sind weitere Anstrengungen erforderlich. Die EG hat ihre finanzielle und technische Unterstützung für die Reform und den Ausbau des Sozialversicherungssystems sowie für die Erhöhung und Überwachung der Sicherheit am Arbeitsplatz verstärkt.

Was die **Armut** betrifft, wurden Anstrengungen unternommen, um die Ursachen von sozialer Ausgrenzung und der Kluft zwischen Arm und Reich zu reduzieren. Offiziellen Angaben zufolge wurde das Armutsniveau auf 3,9% der Bevölkerung reduziert, wohingegen die Mittelklasse beinahe 80% der Bevölkerung ausmacht. Ferner ist ein konstanter Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens festzustellen, wie auch die Tatsache, dass die Menschen mehrheitlich Hauseigentümer sind und Zugang zu Grundausrüstungen und modernen Kommunikationsmitteln haben.

Das Engagement Tunesiens für eine **nachhaltige Entwicklung** ist Gegenstand eines ganzen Kapitels des X. Plans und wurde in den strukturierten Maßnahmen des XI. Plans 2007-2016 aufgenommen und weiterentwickelt. Die institutionelle Struktur verfügt über einen recht umfassenden Rechts- und Regelungsrahmen und kann daher als gut entwickelt bezeichnet werden. Das 1993 eingerichtete nationale Komitee für nachhaltige Entwicklung setzt seine Koordinierung zwischen den verschiedenen Beteiligten fort. Im Jahr 2003 wurden für Tunesien Indikatoren für die nachhaltige Entwicklung ausgearbeitet, denen im Jahr 2005 noch detailliertere Indikatoren für die einzelnen Regionen folgten, die von der tunesischen Beobachtungsstelle für Umwelt und nachhaltige Entwicklung (OTEDD) ausgearbeitet wurden.

Reformen in den Bereichen Handel, Markt und Regulierung

Die Umsetzung der im Aktionsplan vorgesehenen **handelspolitischen Maßnahmen** sowie die rechtliche Anpassung an die EU verläuft im Allgemeinen zufrieden stellend. Der von Tunesien zwei Jahre im Voraus eingeleitete **Zollabbau** ist weit vorangeschritten. Allerdings ist eine gewisse Verlangsamung, wenn nicht Verzögerung und sogar Blockierung eingetreten, insbesondere was Konsumgüter und landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse betrifft, die im Wettbewerb mit der lokalen Erzeugung stehen. Dies gilt auch für die nicht-tarifären Handelshemmnisse. Auf regionaler Ebene gehört Tunesien dem Abkommen von Agadir über eine Freihandelszone zwischen vier Mittelmeerländern an, das seit Juli 2006 in Kraft ist.

Die für Juni 2006 vorgesehenen Verhandlungen über die **Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen**, landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen und Fischereierzeugnissen konnten mangels Mandats auf tunesischer Seite nicht aufgenommen werden; angesichts der aktuellen Blockade ist ihre Aufnahme bis auf weiteres zweifelhaft.

Tunesien hat das Protokoll zu der im August 2006 in Kraft getretenen Pan-Europa-Mittelmeer-Ursprungskumulierung angenommen. Die tunesischen **Zollbehörden** setzen ihre seit Jahren anhaltenden Bemühungen zur Erleichterung und transparenteren Gestaltung ihrer Verfahren fort. Diese Änderungen, die zugleich rechtlicher als auch praktischer Natur sind, stehen kurz vor dem Abschluss. Für die Umsetzung der von der Weltzollorganisation (WZO) aufgestellten Rechtsnormen zur Sicherung und Erleichterung des Welthandels hat Tunesien bereits verschiedene Reflexionsausschüsse eingesetzt, die sich mit bestimmten Aspekten des Themas wie dem Konzept des „ermächtigten Ausführers“ befassen. Die Zollverwaltungen müssen verstärkt in den Kampf gegen Nachahmung und Produktpiraterie einbezogen werden; dass die Einfuhr von Nachahmungen nach der aktuellen Änderung des Zollkodex als Zolldelikt eingestuft wird, ist als Schritt in die richtige Richtung zu werten.

Was den **freien Warenverkehr und die technischen Vorschriften** anbelangt, hat Tunesien bedeutende Fortschritte erzielt. Es hat sein Engagement bekräftigt, ein Abkommen über die Konformitätsbewertung und die Anerkennung gewerblicher Produkte (ACAA) auszuhandeln, und die prioritären Sektoren ausgewählt, die in das Abkommen aufzunehmen sind. Tunesien hat ein Arbeitsprogramm entwickelt, das bereits umgesetzt wird. Die horizontalen Rechtsvorschriften im Bereich der Normung und Akkreditierung sowie die sektorspezifischen Rechtsvorschriften befinden sich in Arbeit. Auch das Verbraucherschutzgesetz, der Erlass über die Einfuhr- und Ausfuhrkontrolle sowie das Gesetz über die Lebensmittelsicherheit werden derzeit im Hinblick auf ihre Anpassung an die EU-Normen überarbeitet. Ein Gesetzentwurf über die Unabhängigkeit des Nationalen Akkreditierungsrates (TUNAC) befindet sich ebenfalls in Arbeit. Die Marktüberwachungskapazitäten der Verwaltung müssen gestärkt werden.

Im **sanitären und phytosanitären Bereich** arbeitet Tunesien weiter an einem System für die Rückverfolgbarkeit der Tiere (insbesondere für Rinder) und hat seine Überwachung in diesem Bereich verstärkt. Es wurde ein Gesetz über tierische Erzeugnisse angenommen, das die Angleichung an die Bestimmungen der Europäischen Union erleichtern soll. Die Kontrolle der Labors und der Grenzen wurde verstärkt, ebenso wie die Schutzmaßnahmen gegen die Vogelgrippe. Dennoch bleibt viel zu tun, um Rechtsvorschriften, Institutionen und Labors sowie deren Kontrolle und Überwachung zu stärken, einschließlich der Kontrolle der Rückstände sowie der Notfallpläne beim Ausbruch von Tierseuchen.

Tunesien ergreift weiterhin Maßnahmen zur Verbesserung des **Investitionsklimas**, beispielsweise durch eine Verringerung der Anzahl der Verwaltungsermächtigungen und die Aufhebung der Beschränkungen beim Kauf von Gewerbeflächen durch Ausländer. Gute Fortschritte wurden im **Unternehmensrecht** erzielt, insbesondere durch die Einführung neuer Pflichten für Verwaltungsratsmitglieder von Unternehmen, die Einrichtung eines Prüfungsausschusses für Groß- bzw. Börsenunternehmen, die Verpflichtung, externe Finanzgutachter zu bestellen sowie durch die Stärkung der Offenlegungsverpflichtung. Es besteht jedoch weiterhin Anlass zur Sorge hinsichtlich der Regierungsführung, des Wettbewerbs, des geistigen Eigentums, der mangelnden Flexibilität des Arbeitsrechts sowie der übermäßigen Bürokratie innerhalb der tunesischen Verwaltung.

Was den Dienstleistungssektor und das Niederlassungsrecht betrifft, hat Tunesien Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten aufgenommen. Unter Leitung des Instituts für quantitative Wirtschaft wurde zur Feststellung der nationalen Prioritäten im Dienstleistungssektor eine Studie eingeleitet. Was die Finanzdienstleistungen anbelangt, ist die Umsetzung der Empfehlungen des 2002 vom Internationalen Währungsfonds durchgeführten Evaluierungsprogramms für den

Finanzsektor bereits weit vorangeschritten. Im Banksektor besteht jedoch eine Reihe von Problemen fort, beispielsweise die mangelnde Transparenz bestimmter Forderungen/Gläubiger sowie die unzureichende Mittelausstattung bestimmter Banken.

Tunesien hat langsam aber stetig Fortschritte bei der Umsetzung der Strategie für die Liberalisierung des **Zahlungs- und Kapitalverkehrs** erzielt. Abgesehen von den Fortschritten bei der makroökonomischen Stabilisierung und der Stärkung des Finanzsektors wurden Maßnahmen ergriffen, die eine Erleichterung des Zugangs zu ausländischem Kapital ermöglichen und Ausländern die Möglichkeit geben, Grundstücke oder Beteiligungen an KMU zu erwerben. Somit tragen die Maßnahmen auch zu einer Erhöhung der Devisenbeträge bei, die Gebietsfremde frei exportieren können. Die strikte Devisenkontrolle sowie die Verpflichtung der Banken, ihre Devisenüberschüsse zurückzuzahlen, stellen weiterhin ein Hindernis für die Kapitalbewegungen dar.

In **sozialer Hinsicht** hat Tunesien einen Dialog mit der Europäischen Kommission über die Anwendung der Klausel der Gleichbehandlung seiner Staatsangehörigen innerhalb der Europäischen Union eingeleitet. Dadurch soll auch der Abbau der Diskriminierungen ermöglicht werden, denen bestimmte EU-Bürger in Tunesien ausgesetzt sind. Die Frage der sozialen Absicherung von Migranten ist weiterhin problematisch, insbesondere was die Vereinbarkeit der unterschiedlichen Sozialversicherungssysteme und die Zusammenrechnung der Sozialschutzansprüche in Tunesien und der EU betrifft.

Tunesien hat gemäß seinen Verpflichtungen im Rahmen des Aktionsplans eine **Steuerreform** eingeleitet. Demnach werden die Mehrwertsteuersätze gesenkt und der Satz von 29% ab Januar 2007 abgeschafft, die Unternehmenssteuer von 35% auf 30% gesenkt und ein Steuersatz von 10% für Off-Shore-Unternehmen eingeführt. Darüber hinaus sieht die Reform die Modernisierung der Steueradministration vor, einschließlich der Schaffung einer Generaldirektion für Großsteuerzahler. Es wurde ein Gesetz über eine Steueramnestie verabschiedet. Zusätzliche Anstrengungen sind erforderlich, um den rechtlichen Rahmen zu vereinfachen und die Beziehungen zu den Steuerzahlern zu verbessern, was der freiwilligen Einhaltung der steuerrechtlichen Vorschriften förderlich ist.

Bei der **Wettbewerbspolitik** und der Anwendung der wettbewerbsrechtlichen Vorschriften hat Tunesien Fortschritte erzielt, insbesondere was wettbewerbsfeindliche Praktiken im Privatsektor anbelangt; dies äußert sich durch einen eindeutigen Anstieg der Anrufungen des Gerichtshofs. Das Wettbewerbsrecht, das wichtige rechtliche und institutionelle Entwicklungen durchlebt hat, findet auch auf die staatlichen Beihilfen Anwendung, wenngleich in diesem Bereich noch weitere Anstrengungen erforderlich sind. Hinsichtlich der Transparenz im Bereich der staatlichen Beihilfen wurde noch kein wirklicher Fortschritt erzielt. Der Rechts- und Regelungsrahmen sowie die zuständigen Institutionen (Wettbewerbsrat und Generaldirektion für Wettbewerb) wurden durch neue Rechtsvorschriften (u.a. zur Stärkung der Unabhängigkeit der genannten Institutionen) in den Jahren 2005 und 2006 gestärkt. Ebenso wurden Anstrengungen zur Sensibilisierung der Wirtschaftsbeteiligten und zur Ausbildung der Richter unternommen.

Tunesien ist praktisch allen wichtigen internationalen Vereinbarungen und Verträgen über das geistige und gewerbliche Eigentum beigetreten, setzt diese jedoch nur zögerlich um, sowohl hinsichtlich des internationalen Handels (Zoll) als auch im Unternehmensbereich (Patente). Tunesien hat in Zusammenarbeit mit der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) seine Anstrengungen zur Information über die Bedeutung des Rechts auf geistiges Eigentum mithilfe von Seminaren und Informationskampagnen verstärkt. In den dreieinhalb Jahren vor

Dezember 2005 wurden mehr als 900 000 Produkte im Verlauf von Kontrollen beschlagnahmt. Ein Großteil dieser Produkte waren nachgeahmte Produkte.

Im **öffentlichen Auftragswesen** sind die Erfolge durchmischt. Eine Internetseite für öffentliche Ausschreibungen wurde eingerichtet, was zur Steigerung der Transparenz der Vergabeverfahren beigetragen hat. In den Jahren 2003 und 2006 wurde der Rechtsrahmen überarbeitet, die Planung verbessert und die Fristen für die Rückzahlung der Garantien verringert; zudem wurde das Recht auf Berufung sowie auf die Aussetzung des Verfahrens für die teilnehmenden Unternehmen verbessert. Die Unterscheidung von technischen und finanziellen Angeboten hat jedoch dazu geführt, dass die Ausschreibungsverfahren an Transparenz und Übersichtlichkeit eingebüßt haben. Darüber hinaus wurden neue Präferenzen für das tunesische Handwerk eingefügt.

Im **Statistikbereich** wurde eine starke Zusammenarbeit gefördert, um die Anpassung an die EU zu verbessern, insbesondere was die Statistiken in den Bereichen Landwirtschaft, Energie und Gesundheit betrifft. Die Zusammenarbeit umfasst auch die Stärkung der für die Erfassung und Zusammenstellung der Daten sowie für die Verbesserung des Geschäftsklimas und die elektronische Datenverbreitung zuständigen Verwaltungsstrukturen.

Die Reform der **öffentlichen Finanzverwaltung** schreitet langsam voran. Die Reform zur Einführung einer haushaltsmäßigen Erfassung der einzelnen Ziele wurde jedoch nicht eingeleitet, obwohl sie bereits seit mehreren Jahren diskutiert und geprüft wird. Die konsolidierten Rechnungsabschlüsse des öffentlichen Sektors sind nach wie vor nicht verfügbar. Was die Einführung besserer internationaler und europäischer Normen im Bereich der internen Kontrolle der öffentlichen Finanzen betrifft, wurden insbesondere hinsichtlich der Stärkung der internen Rechnungsprüfung und der Rechenschaftspflicht der Verwaltungsträger geringe Fortschritte erreicht. Das Mandat des Rechnungshofes wurde bereits überarbeitet, jedoch noch nicht angenommen.

Was die **Unternehmenspolitik** betrifft, hat Tunesien die Grundsätze der Europa-Mittelmeer-Charta für Unternehmen weitgehend umgesetzt und Maßnahmen eingeleitet, die zur Verbesserung des Geschäftsumfelds dienen. Die wichtigsten Maßnahmen im Jahr 2005 betrafen die Schaffung einer Bank für die Entwicklung der KMU (Finanzierungsbank für KMU) sowie der Möglichkeit, Unternehmen online zu gründen. Die Regierung hat eine breite Palette von ausgeklügelten Instrumenten zur Unterstützung der Entwicklung des Privatsektors entwickelt. Zu den aktuellen Prioritäten zählen Unternehmensdienstleistungen, der Zugang zu Finanzierungen sowie die Förderung der Innovation. Trotz der günstigen Rahmenbedingungen für Unternehmen leiden letztere weiterhin unter der starken Bürokratie innerhalb der tunesischen Verwaltung.

Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz, Freiheit und Sicherheit

Tunesien ist keine Transitzone für **Massenmigration**. Jedoch bietet Tunesien für die Bevölkerung Subsahara-Afrikas eindeutige Anreize. Im **Asyl- und Flüchtlingsbereich** hat Tunesien keinerlei Rechtsvorschriften zur Gewährleistung der Flüchtlingsrechte auf seinem Territorium erlassen, obgleich es die Konventionen und Protokolle über das Asylrecht mit unterzeichnet hat. Der Dialog zwischen dem UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) und Tunesien liegt derzeit auf Eis, und die lokale Vertretung dieser UN-Organisation ist immer noch nicht befugt, ihr Mandat auf tunesischem Grund und Boden auszuüben.

Was die Zusammenarbeit im Bereich des **Managements der Migrationsströme** betrifft, hat Tunesien die Nützlichkeit von Kooperationsprogrammen wie AENEAS bei der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe für soziale Angelegenheiten im Mai 2005 anerkannt. Gleichzeitig hat Tunesien die Notwendigkeit betont, die Kapazitäten der Ausgangs- und Transitländer auszubauen. Zwei Projekte, mit deren Durchführung die Internationale Organisation für Migration beauftragt ist, liegen derzeit brach. Dagegen beteiligte sich Tunesien sehr aktiv an der Migrationskonferenz von Rabat. Dabei insistierte Tunesien auf der gemeinsamen Entwicklung und dreiseitigen Zusammenarbeit mit den Staaten Subsahara-Afrikas.

Im Bereich der organisierten Kriminalität hat Tunesien das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende **organisierte Kriminalität** nebst den entsprechenden Zusatzprotokollen ratifiziert. Ein Kooperationsabkommen mit Italien trat 2005 in Kraft. Im Bereich der **Geldwäsche** und der **Betrugsbekämpfung** hat Tunesien das 2003 geschlossene UN-Übereinkommen über Korruption im März 2004 unterzeichnet, jedoch noch nicht ratifiziert.

Was den **Justizbereich** betrifft, so stehen die Angehörigen der Rechtsberufe seit 2006 in Konflikt mit den Behörden, um ihre Vorrechte zu verteidigen. Die führenden Gremien des Richterbunds wurden ersetzt und das neue Gesetz über die Schaffung eines Instituts zur Ausbildung von Richtern und Anwälten, das dem Justizministerium und nicht der Anwaltskammer unterstellt wäre, von letzterer angefochten. Die Unabhängigkeit der Justiz ist weiterhin eingeschränkt, da die Richter von der Exekutivgewalt ernannt werden. Dies wurde auch durch das Organisationsgesetz von 2005 nicht geändert.

Tunesien hat bilaterale Abkommen über die Lage der Betroffenen (Familienstand, Militärdienst der Binationalen, Sorgerecht, Rentenbezüge) sowie über gegenseitige Rechtshilfe unterzeichnet. Die bislang aktive Beteiligung Tunesiens im Bereich der **polizeilichen Zusammenarbeit** (Terrorismus, illegale Einwanderung, illegaler Handel) fiel im Jahr 2005 eindeutig schwächer aus.

Verkehr, Energie, Informationsgesellschaft, Umwelt, Wissenschaft und Technologie

Tunesien hat seine Verkehrspolitik auf konsequente Weise umgesetzt und die Effizienz der unterschiedlichen Verkehrsmittel dank einer sektoralen Reform und der Verbesserung der Infrastrukturen verbessert. Die prioritären Ziele der aktuellen Politik umfassen eine nachhaltige öffentliche Verkehrspolitik, die Erneuerung der See- und Luftflotte, die Verbesserung der Verkehrssicherheit, die Entwicklung des multimodalen Verkehrs und die Verbesserung der Dienstleistungsqualität. Die öffentlichen Verkehrsunternehmen haben ihre Wettbewerbsfähigkeit infolge der Umstrukturierungen der vergangenen Jahre verbessert. Der Luftverkehr wurde liberalisiert (zwei Privatgesellschaften), ebenso der öffentliche Straßenverkehr und die Verkehrsinfrastrukturen (See- und Flughäfen). Tunesien hat noch kein Luftverkehrsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft abgeschlossen, allerdings hat es seine bilateralen Luftverkehrsabkommen mit den Mitgliedstaaten geändert. Obwohl die Eisenbahn für ihre öffentlichen Verkehrsdienste Ausgleichszahlungen erhält, ist die Aufrechterhaltung von Strecken mit geringem Verkehrsaufkommen nach wie vor problematisch. Der Straßenverkehr ist weiterhin von Kleinunternehmen geprägt und dadurch in seiner Entwicklung behindert. Die Sicherheit im Seeverkehr hat sich verbessert, stellt jedoch auch weiterhin eine Herausforderung dar. Die Seehäfen wurden erfolgreich modernisiert.

Der Energieimporteur Tunesien will seine Rolle im Bereich der Energieversorgungssicherheit der EU ausbauen. So erhöht Tunesien die Kapazität der Gaspipeline Transmed (Überführung

von algerischem Gas nach Italien), hat mit den Vorbereitungen für den Bau einer neuen Gaspipeline mit Libyen begonnen und plant den Bau eines Terminals für natürliches Flüssiggas (LNG) sowie einer neuen Raffinerie. Tunesien fördert weiterhin den Erdgasverbrauch und denkt über zukünftige Energiequellen nach, einschließlich der Kernenergie. Es wurden bereits Untersuchungen zu einer Stromverbindung mit Italien durchgeführt. Tunesien beabsichtigt die Verstärkung der Stromverbindung mit Algerien im Hinblick auf eine zukünftige Verbindung mit dem Mittleren Osten. Damit leistet es einen Beitrag zum zukünftigen euro-mediterranen Elektrizitätsnetz. Tunesien hat damit begonnen, den Sektor der Kohlenwasserstoffdistribution für den Wettbewerb zu öffnen, scheint jedoch nicht gewillt, sein Ziel einer Marktöffnung im Elektrizitäts- und Gassektor rasch umzusetzen. Es bleibt also noch viel zu tun, auch was die Entwicklung eines integrierten Elektrizitätsmarkt im Maghreb betrifft. Die Umstrukturierung der öffentlichen Elektrizitäts- und Gasgesellschaft wurde bereits eingeleitet. Die Energiepreise wurden dem Marktkurs angeglichen, das Subventionsvolumen nahm jedoch rasch zu. Tunesien hat auch die Wiederinstandsetzung des Elektrizitätsnetzes fortgesetzt, die Netzverluste reduziert und die Stromversorgung in den ländlichen Gebieten verbessert. Es hat die Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien verbessert. Ein Gesetz über Energieeffizienz wurde angenommen und ein Amt für Energieeffizienz eingerichtet, das dem Ministerium für Unternehmen und Energie unterstellt und inzwischen operationell ist.

Die Umsetzung des Aktionsplans für die Informationsgesellschaft beruht zum einen auf der Entwicklung der Wissensgesellschaft, die wiederum auf den neuen Informationstechnologien gründet, sowie zum anderen auf der Kontrolle der Produktion und des Umlaufs von Information. Auf dem Weltgipfel zur Informationsgesellschaft vom November 2005 in Tunis wurden diese Widersprüche eingehend erörtert. Was die elektronische Kommunikation betrifft, muss Tunesien den Rechtsrahmen in diesem Bereich noch vervollständigen und die staatliche Kontrolle im Telekommunikationsbereich stärken. Der Festnetzmarkt ist nach wie vor nicht liberalisiert, obwohl die Gesellschaft Divona Télécom im Wettbewerb mit Tunisie Télécom Dienstleistungen im Bereich der Satellitenkommunikation (VSAT) anbietet. Es besteht das Projekt, den Hochgeschwindigkeits-Internetzugang durch Tunisie Télécom und Divona Télécom über Wimax zu genehmigen. Die Internet-Zugangsanbieter sind zahlreicher denn je, aber der freie Zugang zum Internet und seinem Inhalt ist nach wie vor problematisch. Die Regierung hat den audiovisuellen Sektor für private Unternehmen geöffnet. Um einen Rechtsrahmen für diesen Bereich zu schaffen, wurden wie für die Printmedien Rechtsvorschriften für die elektronische Presse erlassen.

Im **Umweltbereich** zählen Wasserqualität, Abfallentsorgung, Meeres- und Küstenverschmutzung sowie Wüstenbildung zu den zentralen Themen. Was den Klimawandel betrifft, hat Tunesien durch die Einrichtung nationaler Instanzen, die Annahme von Verfahren für den Mechanismus für eine saubere Entwicklung (CDM) und die Vorbereitung einer Reihe von CDM-Projekten gute Fortschritte erzielt. Der 10. Entwicklungsplan (2002-2006) legt die Ziele im Bereich der Umweltpolitik fest. Für die meisten Bereiche besteht ein Rechtsrahmen mit sektorspezifischen Vorschriften, der jedoch noch ergänzt werden muss. Die jüngsten Rechtsvorschriften umfassen Erlasse über Umweltverträglichkeitsprüfungen und Grenzwerte für Gasemissionen (vorgesehen für Juni 2006). Derzeit wird eine neue Strategie für die integrierte Abfallwirtschaft ausgearbeitet und die Strategie nebst Aktionsplan zur Förderung der Biodiversität überprüft. Einige Maßnahmen der nationalen Strategie zur Bekämpfung der Wüstenbildung wurden bereits umgesetzt. In den vergangenen Jahren wurden einige Anstrengungen unternommen, um die für Umweltfragen zuständigen Behörden zu stärken und Umweltbelange in andere Sektorpolitiken zu integrieren. Die Durchführung der Strategie auf regionaler und lokaler

Ebene stellt nach wie vor eine Herausforderung dar, obgleich 24 regionale Strategien ausgearbeitet wurden. Tunesien hat Maßnahmen ergriffen, um den Transfer der Umwelttechnologien zu fördern. Außerdem veröffentlicht Tunesien regelmäßig Berichte über die Umweltsituation und hat ein nationales Programm entwickelt, um die Bevölkerung stärker für die Umweltproblematik zu sensibilisieren. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Zugang zur Information erfordern jedoch besondere Aufmerksamkeit. Tunesien hat die einschlägigen internationalen und regionalen Konventionen und Protokolle ratifiziert. Es ist im Rat der arabischen Umweltminister, der Konferenz der afrikanischen Umweltminister und der Umweltkommission des Maghreb vertreten und beteiligt sich am Aktionsplan für den Mittelmeerraum. Darüber hinaus profitiert Tunesien von den Maßnahmen im Rahmen der EU-Wasserinitiative. Einige Maßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den tunesischen und europäischen Gemeinden wurden bereits durchgeführt, jedoch ist diesem Bereich verstärkt Aufmerksamkeit zu widmen. Die EG und Tunesien haben ihre Zusammenarbeit hinsichtlich der Wasserproblematik ausgebaut. Eine Reihe anderer Themen wie die regionale Zusammenarbeit mit der Europäischen Umweltagentur wurden als mögliche Bereiche einer verstärkten Zusammenarbeit ermittelt.

Tunesien hat eine ehrgeizige **Forschungs- und Innovationspolitik** entwickelt, die sich in einer Mittelerhöhung um 25% bis 2009 sowie in der Durchführung eines thematischen und regionalen Programms („technopolis“) widerspiegelt. Tunesien verstärkt auch die Forschungskapazitäten, indem es Förderstrukturen für Forschungsprojekte entwickelt und die Schnittstellen zwischen Forschung und Wirtschaft verstärkt. Tunesiens beteiligt sich aktiv am Forschungsrahmenprogramm der EU.

Direkte persönliche Kontakte

Der Bildungssektor stellt für Tunesien, das den Bedarf im Bereich der Primarbildung bereits vor langer Zeit decken konnte, eine wichtige Priorität dar. Der Anteil der Jugendlichen, die eine Sekundarschule besuchen, nimmt zu. Der Schwerpunkt der globalen Bildungsreform liegt nun auf der Qualität der Schulbildung und der Mobilisierung des Interesses. Das Modell Bachelor, Master, Ph.D. befindet sich auf dem Weg zur Konsolidierung. Die Einführung von Informationstechnologien im gesamten Schulsystem ist eine Priorität. Der Bereich der Fach- und Berufsausbildung wird reformiert. Diese Reformen werden durch die sektoralen EG-Programme (110 Mio. EUR) unterstützt. Im Bereich der Hochschulbildung hat das Programm TEMPUS eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Universitäten Tunesiens und der EU ermöglicht und sich positiv auf die Durchführung der Hochschulreform ausgewirkt. Das Programm Erasmus Mundus ist in Tunesien bereits operationell und findet regen Zulauf. Darüber hinaus werden mit dem Programm **EuroMed Jeunesse** Austauschprojekte unterstützt, an denen Jugendliche und tunesische Organisationen teilnehmen sollen.

Tunesien nimmt aktiv an **Kulturprogrammen** im Rahmen der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft teil. Tunesien ist von der Krise im Kunstsektor nicht ausgespart und die großen Probleme hinsichtlich des geistigen Eigentums sind auch hier wohlbekannt.

Die Partnerschaft mit der **Zivilgesellschaft** gestaltet sich schwierig. Die Zusammenarbeit in diesem Bereich bereitet erhebliche Probleme, und die Mehrzahl der von der EG im Rahmen der thematischen Haushaltslinien „Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte“ und „Kofinanzierung NRO“ finanzierten Projekte werden derzeit von den tunesischen Behörden blockiert. Was den **Verbraucherschutz** betrifft, hat Tunesien beschlossen, die Kontrollen hinsichtlich Produktion, Vertrieb und Einfuhr zu verstärken und ein nationales Verbraucherinstitut einzurichten.

Hinsichtlich der **Gesundheitsindikatoren** (Lebenserwartung, Kinder- und Müttersterblichkeit), dem universellen Zugang zur Sozialversicherung, der kostenlosen Gesundheitsversorgung oder der finanziellen Unterstützung für die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen wurden Fortschritte erzielt. Die Reform muss fortgesetzt werden, um den Zugang zur Gesundheitsversorgung sowie die Qualität und die Effizienz des Sektors zu verbessern, wie auch um den Fortbestand des Sozialversicherungssystems zu gewährleisten. Die Rate der HIV-Durchseuchung der Bevölkerung ist gering, jedoch könnte die Überwachung in diesem Bereich verbessert werden.

Hilfe

Das Programm MEDA erstreckt sich inzwischen über sämtliche Schlüsselbereiche der Modernisierung der tunesischen Wirtschaft und Gesellschaft: makroökonomische Reformen, Zoll, Häfen, Privatisierung, Finanzsektor, Bildungswesen, Finanzreform, Krankenversicherung. Neue Programme wurden im Bereich der Regierungsführung lanciert (Medien, Justiz); sie stellen einen Test im Hinblick auf die zukünftige Zusammenarbeit dar.

Die EU-Hilfe besteht zu einem Großteil aus Haushaltsstützungsmaßnahmen (50% der laufenden Programme im Jahr 2006), die sowohl auf makroökonomischer als auch auf sektoraler Ebene erfolgen. Diese qualitative Veränderung zeugt von einem hohen Reifegrad bei der Zusammenarbeit zwischen den beiden Partnern und ermöglicht es, der finanziellen Unterstützung der tunesischen Wirtschaft durch die EU größere Wirkung zu verleihen.

Insgesamt wurden im Rahmen des Programms MEDA zwischen 1995 und 2006 946 Mio. EUR bereitgestellt, davon 352 Mio. EUR im Zeitraum 2002-2006. Effektiv wurden im Zeitraum 1995-2006 658 Mio. EUR ausbezahlt, davon 405 Mio. im Zeitraum 2002-2006.

Darüber hinaus erhöht die Europäische Investitionsbank ihre Finanzierung im Mittelmeerraum im Rahmen ihres speziellen Instruments, der Euro-Mediterranen Investitions- und Partnerschaftsfazilität (FEMIP). Tunesien zählt zu den größten Empfängern von Darlehen der EIB.